

Momentum 09

Track #8: Demokratie unter Druck

Wie der Kapitalismus die Demokratie schwächt

Kapitalismus und Demokratie im 19. Und 20. Jahrhundert

Bis zum Jahr 1989 hatte die Systemkonkurrenz zwischen Marktwirtschaft und Kommunismus weitgehend die politische Auseinandersetzung bestimmt.

Im marktwirtschaftlichen System des Westens wurden Elemente der wirtschaftlichen Demokratie (Mitbestimmung, Arbeitsrechte) sowie Sozialsysteme und öffentliche Dienstleistungen teilweise aus Überzeugung eingeführt, teilweise konzidiert, weil man die kommunistische Option verhindern wollte. Gesetzliche und vertragliche Rahmenbedingungen haben die Marktkräfte in Bahnen gelenkt, die den Bürgern eine vernünftige Beteiligung am Wohlstand und an den Entscheidungen in der Gesellschaft ermöglichten. Die Einkommens- und Vermögensverteilung wurde so korrigiert, dass Extreme vermieden wurden. Sozialsysteme wurden geschaffen, um die Bürger gegenüber den Wechselfällen des Lebens – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle – und im Alter abzusichern.

Nachdem der Wiederaufbauprozess abgeschlossen war, wurden die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wieder schärfer, der Konsens in der Gesellschaft schwächer. In den 1970er und 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts setzte mit der Liberalisierung der Finanzmärkte der neoliberale Backlash ein.

Dieser Prozess hatte mehrfache Machtverschiebungen zur Folge:

- von der Politik zur Wirtschaft – das stellt die Frage nach der Wirtschaftsdemokratie;
- von der nationalen auf die internationale Ebene – dort fehlen die erforderlichen Institutionen der Global Governance;
- von der Realwirtschaft zur Finanzwirtschaft – und das ändert die Logik des gesamten Systems;
- geografisch – von den etablierten Industrieländern zu den neuen starken Akteuren in der Weltwirtschaft, die eine starke Nachfrage oder Ressourcen haben (China, Indien, Brasilien, Russland ...).

Diese Machtverschiebungen haben den Kapitalismus gegenüber der Demokratie gestärkt und die Welt nach einer Phase des Wachstums, in der allerdings die Ungleichheiten deutlich zugenommen haben, mitten in die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten geführt.

Die Wurzeln der Krise gehen zurück auf die Agenda des politischen und wirtschaftlichen Mainstream der letzten 30 – 40 Jahre: Eine Deregulierung auf breiter Front verändert die Logik, nach der die Wirtschaft und weite Teile der Gesellschaft funktionieren, setzt Demokratie unter Druck, entfesselt die Finanzmärkte und verursacht steigende Ungleichheiten, die dazu führen, dass Konsum vielfach nur noch auf Kredit möglich wird. Die Ergebnisse sind bekannt.

Dieser Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen kam in allen Bereichen: Zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse, sinkende Realeinkommen und Lohnquoten, Anstieg der Working Poor, Abbau und Privatisierung von öffentlichen Leistungen und Sozialschutzsystemen („können wir uns nicht mehr leisten“). Pensionen wurden den Volatilitäten der Kapitalmärkte ausgesetzt. Risiken, die im Sinne des sozialen Zusammenhalts von der Gesellschaft getragen wurden, wurden zunehmend auf den Einzelnen abgewälzt.

Das Ziel bestand darin, die sozialen und politischen Errungenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts wieder zurückzudrehen, den Staat zurückzudrängen, die Machtbalance wieder zugunsten des Kapitals zu verändern, die Menschen damit zu beschäftigen, ihren Alltag zu meistern und sie von privaten Akteuren und Märkten abhängig zu machen. Gleichzeitig werden sie mit Hollywood-Entertainment „auf Konsum-Linie“ gebracht. Insgesamt: Das panem-et-circenses-Modell des alten Rom.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus – von manchen als Ende der Geschichte bezeichnet – hat sich die Globalisierung rasant entwickelt. Die Polarisierung in der Gesellschaft nimmt zu. Die Arbeitnehmer werden an den Rand der Armutsgrenze gedrängt. Ein modernes Nomadentum begleitet den wirtschaftlichen Strukturwandel. Die Politik des Wohlfahrtsstaates wird durch bloße Armutsbekämpfung ersetzt. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft verliert an Stellenwert zugunsten – vielfach virtueller – individueller Entfaltungsmöglichkeiten. Die Rolle des Staates wird in Frage gestellt, öffentliche Leistungen und Sozialsysteme werden reduziert und/oder privatisiert, die Beteiligung der Sozialpartner in politischen Entscheidungsprozessen wird zurückgedrängt. Informationen und Entscheidungen

konzentrieren sich in der Hand einer neuen globalen Elite, die im eigenen Interesse die neuen Regeln setzt¹. Die Demokratie gerät dabei zunehmend unter Druck.

Wie kommt das ?

Der Zusammenhang zwischen Macht, Verteilung und Demokratie

Folgt man Emmanuel Todd² und der Wohlstandstheorie der Demokratie³, dann sind wesentliche Faktoren für die Entwicklung und Verbreitung von Demokratien die Alphabetisierung der Bevölkerung und die Verbreitung der Grundbildungⁱ in Verbindung mit einem Anstieg des Wohlstands und seiner relativ egalitären Verteilung.

Je wohlhabender eine Nation ist, desto größere Chancen hat sie, die Demokratie aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie die Streuung der Macht- und Wissensressourcen spielen eine entscheidende Rolle. Auch der Europarat⁴ sieht im sozialen Zusammenhalt eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherheit der Demokratie.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft, die vom Ausbau der höheren und universitären Ausbildungssysteme begleitet wird, führt dann allerdings zu einer zunehmenden Differenzierung. Die Demokratie mutiert in vielen Ländern zur Oligarchie, in der die breite Beteiligung der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen nicht mehr erwünscht ist und wieder erschwert wird.

Zu diesem Zweck werden die Grundlagen für eine solche Beteiligung geschwächt: Die materielle Basis wird reduziert (die Einkommens- und Vermögensverteilung geht auseinander), öffentliches Eigentum, öffentliche Leistungen und Sozialsysteme werden abgebaut oder privatisiert. Der Zugang zu den Informationen und zum Wissen in einer Gesellschaft wird eingeschränkt (über Zutrittsschranken zur höheren Bildung und die Etablierung privater Bildungseinrichtungen). Hart erkämpfte Instrumente der Mitentscheidung und Mitgestaltung, darunter Sozialpartnerschaft, Sozialer Dialog und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen, insbesondere auf der überbetrieblichen Ebene, werden geschwächt, die Beteiligung an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

¹ David Rothkopf (2008), Superclass. The World Power Elite and the World they are making, New York 2008.

² Emmanuel Todd (2003) Weltmacht USA – Ein Nachruf, München-Zürich 2003

³ Kevin Phillips (2002), Wealth and Democracy, New York 2002.

⁴ Europarat (2002) Stratégie de Cohésion Sociale, Strasbourg 2002

Gezielter Abbau von Schranken für die Weltwirtschaft sorgt dafür, dass nicht nur Unternehmen global konkurrieren, sondern auch Staaten und Arbeitnehmer weltweit zueinander in Konkurrenz treten und in einem grenzenlosen Standortwettbewerb gegeneinander ausgespielt werden.

Die Mittelschicht verschwindet. Die relativ, aber auch absolut ärmer werdenden Bevölkerungsgruppen werden mit Shopping als Freizeitvergnügen und Hollywood Entertainment abgelenkt – nach dem Modell von „Brot und Spiele“ des alten Rom.

Die treibenden Kräfte hinter dieser Entwicklung sind jene, die von einer deregulierten Welt profitieren, in der sich die Stärkeren durchsetzen und die Schwächeren auf der Strecke bleiben. Vor einigen Jahren hatte ich angenommen, daß sich das ändern wird, wenn sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen soweit verschlechtert haben, dass die Menschen sich existenziell bedroht fühlen, sich der Interessenlagen und der Attacken bewusst werden und sich wehren. Mittlerweile stecken wir in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten, Juan Somavia warnt vor zunehmenden sozialen Spannungen, aber die Alternativangebote bleiben aus und die Treiber der alten Agenda formieren sich bereits wieder und fordern immer lauter eine Rückkehr zur alten Agenda der Strukturreformen, nachdem die unmittelbaren Bedrohungen für das System bereinigt sind.

Was tun ?

Notwendige Schritte für den politischen Turnaround

Der erste und schwerste Schritt ist das Erkennen der Zusammenhänge⁵. Dies ist deswegen so schwierig, weil wesentliche Fragen nicht diskutiert werden. Prof. Rothschild kritisiert schon seit Jahrzehnten, daß Macht in der Wirtschaftstheorie nicht vorkommt⁶. Der Primat der Wirtschaft, cf dazu die Neuformulierung der Lissabon Strategie 2005, ist ein weiterer Grund. Wenn alle anderen Bereiche der Wirtschaft untergeordnet werden und die Debatte von Sachzwang und Reformbedarf geprägt wird⁷, darf man sich nicht wundern, daß entscheidende Zusammenhänge verborgen bleiben.

⁵ Robert Reich: Wie der Kapitalismus die Demokratie umbringt, s. 106 - www.europaeische-rundschau.at/2007/Inhalt_2007_4_files/Reich.pdf

⁶ Helmut Kramer Laudatio für Professor Kurt W. Rothschild zu seinem 90. Geburtstag [www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/VT_2004_93\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/VT_2004_93$.PDF)

⁷ Vgl. dazu die kritische Serie im Standard 2003-2004.

Wenn es stimmt, daß Demokratie die kleine Einheit voraussetzt und ohne die Nähe der Menschen, ohne einheitliche Sprache, ohne gelebte Öffentlichkeit allenfalls eine formale Demokratie (Wahlen) möglich ist, nicht aber eine materielle Demokratie der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (worunter die Soziale Dimension verstanden wird)⁸, dann bedeutet dies eine entscheidende Herausforderung in einer Welt, in der die Wirtschaft global handelt, der Staat europäisch wird, die Demokratie vor allem national ist und viele Forderungen lokal sind⁹.

Es bedeutet in erster Linie, daß der öffentliche Diskurs verändert und ausgeweitet werden muß. Eine kontinuierliche, offene politische Debatte mit den Bürgern ist die Voraussetzung für eine Änderung der politischen Dynamik. In den letzten 30,40 Jahren hat der neoliberalen Mainstream die Hegemonie über die politische Debatte erobert. Er hat bestimmt, welche Themen Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind, wer mitreden darf und in welcher Form etc. Der Diskurs war damit ein wirksames Instrument in den Händen der globalen Eliten.

Wir brauchen eine öffentliche Debatte, die alle wichtigen Bereiche der gesellschaftlichen Entwicklung thematisiert. Alle Menschen (Gruppen) müssen die Möglichkeit haben, zu dieser Debatte beizutragen und sie zu beeinflussen.

Die Demokratie braucht selbstbestimmte und gebildete Bürger, die in der Lage sind, sich ein Urteil über die res publica, die öffentlichen Belange zu bilden und den herrschenden Eliten zu widersprechen¹⁰. Das erfordert u.a. eine ausreichende politische Bildung, ein Lernen, wie Demokratie und demokratische Entscheidungsfindung funktioniert.

Im Grunde wäre das ganz einfach und man könnte schon im Kindergarten damit beginnen, daß die Kinder lernen – und üben- wie man in der Gruppe Entscheidungen trifft, die alle zufriedenstellen, z.B. welche Spiele gespielt werden sollen, oder wer welche Aufgaben übernimmt. In den darauf folgenden Altersstufen könnte man adäquate Modelle entwickeln, um die Kinder und Jugendlichen mit der Demokratie vertraut zu machen.

Es wird aber nicht gemacht, weil es dazu führen würde, daß die Menschen zu emanzipierten Bürgern erzogen werden, die den herrschenden Eliten unbequem werden könnten.

⁸ Karl Albrecht Schachtschneider: Demokratie versus Kapitalismus. Vom Recht des Menschen, Erlangen-Nürnberg, Juli 2001, s.3

⁹ Alain Touraine: Loblied auf die Zivilgesellschaft; Die Zeit, 2.12.1999

¹⁰ Norman Birnbaum: Über den Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie –

<http://www.zeit.de/1997/44/kapitali.txt.19971024.xml>

/Users/Rebecca/Desktop/MOMENTUM JUNI 2009/ABSTRACTS FINAL/Track 8/Abstract_BelabedEva.doc
Seite 5

Bleibt die Frage: Was ist mit dem Gesellschaftsvertrag, der uns vor der Herrschaft einzelner bewahrt und den Bürger von allen Formen der Unterdrückung befreit?¹¹ Hier liegt eine der entscheidenden Antworten für die Demokratie, nämlich: ob und in welcher Form es gelingt, eine (neue) Balance zwischen verschiedenen Interessen zu schaffen und einen „Gesellschaftsvertrag“ zu vereinbaren, der von allen Gruppen akzeptiert wird. „Im Kern der Debatte handelt es sich darum, zu sehen, wie wir unsere Gesellschaften führen und das richtige Gleichgewicht in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in einer globalisierten Wirtschaft zustande bringen.“¹² Eine solche Balance zu finden setzt allerdings voraus, dass man eine gemeinsame Vision hat.¹³ Ich bin nicht sicher, ob diese gemeinsame Vision existiert.

¹¹ Alain Touraine: Loblied auf die Zivilgesellschaft, Die Zeit, 2.12.1999

¹² John Monks in einer Veranstaltung am 20.9.2007 in Brüssel über Flexicurity oder Flexploitation

¹³ Jacques Delors in einer Diskussion am 28.5.2008 anlässlich der 50-Jahr-Feier des Bestehens des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses.

